

Nie wieder Krieg! Für den Sozialismus!

Fast im Wochenrhythmus hören wir in den Nachrichten von bewaffneten Auseinandersetzungen, Kriegen und Kriegsdrohungen. Der Nahe und Mittlere Osten steht in Flammen. Immer unverhohlener droht US-Präsident Trump dem Iran mit Krieg, ja sogar mit Vernichtung. Trump: „Wenn Iran kämpfen will, dann wird das das offizielle Ende Irans sein. Drohe nie wieder den Vereinigten Staaten.“ Schon seit Wochen marschieren US-Streitkräfte gegen den Iran auf: US-Flugzeugträger, weitere Kriegsschiffe und strategische B-52 Bomber sind bereits im persischen Golf in Stellung gebracht. Der „Krieg gegen den Terror“ bot den Vorwand für die USA, die NATO und deren Verbündete, in souveräne Staaten einzufallen, um deren Regierungen zu stürzen und ihnen genehme einzusetzen, wie in Afghanistan, im Irak und in Libyen. Es ist höchste Zeit, den Kriegsbrandstiftern aus Washington in den Arm zu fallen. Da nützen

lahme Appelle an die „amerikanischen Freunde“, wie sie von Kanzlerin Merkel kommen, nichts. Wir fordern:

Keine deutsche Beteiligung an den brandgefährlichen Kriegsspielen des US-Imperialismus!

Mit deutschen Truppen bzw. mit deutschen Waffen werden Kriege in Mali, im Jemen und fast überall auf der Welt, wo es bewaffnete Konflikte gibt, geführt. Aktiv ist die BRD mit der Bundeswehr zum Beispiel in Afghanistan, im Irak, in Syrien, in Mali (mit etwa 1000 Soldaten), passiv durch Waffenlieferungen, Stationierung von US-Atomraketen, Duldung der US-Einsatzzentralen für die Steuerung von Kampfdrohnen in Stuttgart (Eucom; Africom) und Ramstein mit dabei.

Frankreich intervenierte und interveniert in seinen ehemaligen Kolonien Mali, Côte d'Ivoire, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Kamerun.

Die EU ist auf dem Weg, über die Europäische Verteidigungspolitik (EVP) selbst zu einer wichtigen militärischen Macht zu werden. Geplant ist die Einrichtung eines „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF). Dieser Plan wird insbesondere von Deutschland und Frankreich vorangetrieben. Es wird gefordert, die EU müsse „militärische Spitzenfähigkeiten“ für autonome – also unabhängig von der NATO und damit den USA durchführbare – Militärinterventionen nebst der hierfür erforderlichen industriellen Kapazitäten aufbauen. Das heißt: Noch mehr Geld für Rüstung!

Als wäre das Ziel, 2% des BIP für Rüstung auszugeben, das sich die EU-Staaten gesetzt haben, nicht schon genug. Für Deutschland bedeutet das die Verdoppelung der Rüstungsausgaben bis 2024 von rund 40 Milliarden Euro auf 80 Milliarden!

Warum tun sie das? Sind sie verrückt geworden?

Nein. Es liegt in der Logik des Imperialismus, die Welt immer wieder in neue Einflussphären aufzuteilen. Lenin schreibt dazu in „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“: „Die Kapitalisten teilen die Welt nicht aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie dazu zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen: dabei wird die Teilung „nach dem Kapital“, „nach der Macht“ vorgenommen...“ Und schließlich wird die Machtfrage durch Krieg entschieden, egal welche Folgen das für Millionen Menschen oder – im Fall eines Atomkrieges – für die ganze Menschheit hat.

Die Gefahr von Kriegen kann letztendlich nur durch den Sturz des kapitalistisch-imperialistischen Systems beseitigt werden. Aber schon heute können und müssen wir etwas gegen die Kriege in aller Welt und gegen die Kriegsvorbereitungen machen, insbesondere gegen die Militarisierung in der Bundesrepublik und die Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Die Menschen in Deutschland wollen keinen Krieg: 70% der Bevölkerung waren in den 80er Jahren gegen die Nachrüstung mit Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles. Eine Mehrheit ist gegen Auslandseinsätze in Afghanistan und Mali. Hier an der US-Basis Ram-

stein gibt es jedes Jahr Massenproteste und Kundgebungen. In der Region um Tübingen formiert sich der Widerstand gegen das so genannte Cyber Valley.

Wir unterstützen diesen Kampf gegen Krieg und Militarismus mit den Forderungen:

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!

**Keine Rüstungsexporte!
Deutschland raus aus der NATO!
Deutschland raus aus der EU!
Keine Militärstützpunkte der USA in Deutschland!**

ARBEIT ZUKUNFT

Abo oder Kontakt?

Normal-Abo

Ich bestelle die Zeitung »Arbeit Zukunft« für 1 Jahr (6 Ausgaben) zum Preis von 12,- Euro inkl. Versand. Wird das Abo nicht 4 Wochen vor Ablauf gekündigt, verlängert es sich um ein Jahr.

Probe-Abo

Ich möchte die Zeitung »Arbeit Zukunft« zweimal kostenlos zur Probe.

Kontakt

Ich möchte Kontakt zu euch.

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Tel.: _____ e-mail: _____

Unterschrift: _____

Ankreuzen und einsenden an:

Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

oder Fax an 07159 / 4200 175

oder e-mail an webmaster@arbeit-zukunft.de

Kündigung des INF-Vertrages: Gefährliches Spiel mit dem Feuer

Der mächtigste NATO-„Partner“ sind die Vereinigten Staaten. Am 1. Februar 2019 haben die USA den INF-Vertrag (Mittelstreckenraketen, Marschflugkörper) offiziell gekündigt. Damit wird eine neue, noch gefährlichere Aufrüstungsspirale in Gang gesetzt. In der Stuttgarter Zeitung schrieb zu Recht deren Redakteur Pörtner am 23. 10. 2018:

„Ein Ende dieses Vertrages wäre ein Desaster – ganz besonders für die Deutschen... Es ging und geht um Atomwaf-

fen, die im Kriegsfall mitten in Europa gezündet werden und viele Millionen Menschen töten können.“

Aber die Sache ist noch heißer! Denn die durch die Kündigung des INF-Vertrages entfesselten Raketen und Marschflugkörper tragen in erster Linie Atomsprenköpfe! Nicht zufällig werden derzeit neue Atomwaffen entwickelt. Man geht also Schritte, um einen atomaren Schlagabtausch gewinnen zu können und macht ihn damit auch möglich!

Die Bundesregierung macht mit!

Die Bundesregierung bemüht sich schon seit geraumer Zeit um einen eigenständigen Kurs. Aber der ungeheure Druck aus den USA, die Rüstung und die Militärausgaben zu steigern, bringt den deutschen Imperialismus in Zugzwang. Er ist eben noch weitgehend auf die USA angewiesen und muss sich deren Druck beugen. Die Bundesregierung hat zwar gegen die Kündigung des Vertrags Stellung bezogen, aber ohne wirksam etwas dagegen zu unternehmen.

Außerdem ist auffällig: Berlin weigert sich, den international im Ratifizierungsprozess befindlichen Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Entgegen einem Beschluss des Bundestags unternimmt die Regierung nichts gegen die US-Atomwaffen im Luftwaffenstützpunkt Büchel, wo die einzigen noch in Deutschland verbliebenen Kernwaffen lagern.

Wer ist „Arbeit Zukunft“?

„Arbeit Zukunft“ ist die Zeitung der „Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Wir wollen eine starke Kommunistische Partei, in der die Interessen der Arbeiter und unteren Angestellten voran stehen. Wir kämpfen für einen Sozialismus, der aus den Fehlern und Mängeln der Vergangenheit lernt. In unseren Reihen kämpfen Genossinnen und Genossen unterschiedlicher Herkunft vereint: Ehemalige Mitglieder von KPD, DKP, MLPD. Wir meinen: Das Gemeinsame muss im Vordergrund stehen, um wieder eine starke KP zu schaffen. Wo immer möglich, arbeiten wir mit anderen zusammen.

istische Partei, in der die Interessen der Arbeiter und unteren Angestellten voran stehen. Wir kämpfen für einen Sozialismus, der aus den Fehlern und Mängeln der Vergangenheit lernt. In unseren Reihen kämpfen Genossinnen und Genossen unterschiedlicher Herkunft vereint: Ehemalige Mitglieder von KPD, DKP, MLPD. Wir meinen: Das Gemeinsame muss im Vordergrund stehen, um wieder eine starke KP zu schaffen. Wo immer möglich, arbeiten wir mit anderen zusammen.

Die Bundesregierung setzt damit die Sicherheit von Millionen Menschen in Deutschland Deutschland aufs Spiel. Sie ist bereit, unser Land zum Kriegsschauplatz zu machen. Warum? Das fragen wir hundert Jahre nach dem Ende des grausamen ersten Weltkrieg, in dem der deutsche Imperialismus erstmals – in der Novemberrevolution! - zusammenbrach.

Natürlich muss der brandgefährliche Aufrüstungskurs Trumps‘ von der Arbeiterklasse und dem Volk der USA bezahlt werden. Die wahnsinnigen Rüstungsausgaben bedeuten Abbau der sowieso schwachen Sozialsysteme, Verarmung von Millionen Menschen, einseitige Förderung der Rüstungsmonopole und Schwächung der übrigen Wirtschaft.

Keine Mittelstreckenwaffen in Europa!

Keine 2% des BIP für Rüstung!

Keine Kriegseinsätze der Bundeswehr!

Alle gemeinsam gegen das Kapital!



In Europa und in Deutschland ist das genauso:

Arbeiterklasse und Volk müssen den aggressiven Kriegskurs durch Steuern und mit Sozialabbau bezahlen. Darüber hinaus droht ihnen aber im Kriegsfall eine ungeheure Verwüstung Europas.

Wir sind keine Propheten und wissen nicht, ob es zum Krieg kommen wird. Aber mit jeder Verschärfung der Spannungen wächst die Gefahr eines Krieges. Das Spiel mit dem Feuer wird immer gefährlicher. Wir dürfen nicht abwarten, ob das vielleicht noch mal gut geht oder im Krieg endet!

Deshalb fordern wir:

